

## INHALT

1. Landtag bringt „Windenergieplanungssicherstellungsgesetz“ auf den Weg
2. CDU fordert verlässliche Rahmenbedingungen für Hochschulen
3. Regierungsfaktionen lehnen schärfere Strafen für Angriffe auf Polizisten ab
4. Aktionsplan für Menschen mit Behinderung kommt nicht voran
5. Mehrgenerationenhäuser müssen weiter bangen
6. Bundesteilhabegesetz: Nord-SPD gegen Koalitionsvertrag auf Bundesebene

21.05.2015

**Landtag bringt „Windenergieplanungssicherstellungsgesetz“ auf den Weg**  
**Verabschiedung noch in dieser Woche geplant**



CDU-Fraktionsvorsitzender Daniel Günther

Nun hat das Gesetz, mit dem nach dem Urteil des OVG-Schleswig der geregelte Ausbau der Windenergie in Schleswig-Holstein gewährleistet werden soll, auch einen Namen:

Das „Windenergieplanungssicherstellungsgesetz“ (Link zum Entwurf siehe unten) wurde – nachdem über den von der CDU-Fraktion angemahnten Änderungsbedarf eine Einigung erzielt wurde – von CDU, SPD, Grünen und SSW in den Landtag eingebracht. Aufgrund der Dringlichkeit soll noch in dieser Woche die zweite Lesung erfolgen.

„Wenn wir die Zustimmung und Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger nicht riskieren wollen, dann müssen wir der Gefahr des ungehinderten Wildwuchses entschieden und so

schnell wie möglich einen Riegel vorschieben", begründete CDU-Fraktionschef Daniel Günther den Antrag.

Die CDU stehe auch deshalb zu ihrer Verantwortung, weil die vom Gericht festgestellten Verfahrensmängel teilweise in ihrer Regierungsverantwortung entstanden seien.

Der nun vorliegende Gesetzentwurf trage in einem wesentlichen Teil maßgeblich die Handschrift der CDU-Fraktion. Weil rechtliches Neuland betreten werde, blieben verfassungsrechtliche Risiken. Diese müssten allerdings in Kauf genommen werden, da die Alternative zu den geplanten Veränderungssperren schlechter wäre.

Diese würde bedeuten, die Verantwortung allein den Kommunen zuzuschieben, die dann Flächennutzungspläne und Bebauungspläne kurzfristig überprüfen und neu aufstellen, sowie Planänderungsverfahren in Gang setzen müssten.

„Jeder Kommunalpolitiker weiß, wie lange das dauert. Und jeder Kommunalpolitiker weiß auch, was das kosten würde“, warnte Günther. Folgen wären Rechtsunsicherheit, unverantwortbare Kosten für die Gemeinden und ein bunter, undurchschaubarer Flickenteppich.

Das Parlament gehe mit diesem Gesetz in dieser Woche den ersten Schritt. Die Landesregierung müsse nun einen Windkrafterlass schaffen, der eine praktikable Anwendung der Ausnahmeregelung ermögliche.

„Bei dem, was wir bisher vorliegen haben, besteht noch erheblicher Korrekturbedarf. Wenn alle weichen Faktoren jetzt automatisch zu einem Ausschlusskriterium würden, wie es die Vorlage derzeit vorsieht, dann kommen wir zu einer Verhinderungsplanung“, warnte Günther.

Link zum gemeinsamen Antrag von CDU, SPD, Grünen und SSW:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2900/drucksache-18-2983.pdf>

Link zur Rede des CDU-Fraktionsvorsitzenden Daniel Günther:

[http://www.cdu.ltsh.de/content/personen/Guenther\\_68/archiv/2015-05-20\\_4981.html](http://www.cdu.ltsh.de/content/personen/Guenther_68/archiv/2015-05-20_4981.html)

---

### **CDU fordert verlässliche Rahmenbedingungen für Hochschulen**

#### **SPD, Grüne und SSW erklären Schleswig-Holstein für auf den doppelten Abiturjahrgang vorbereitet**

Der Nachmittag des Plenartages begann mit einer Debatte über die Hochschulpolitik. Dabei ging es einerseits um die Eckpunkte der CDU-Landtagsfraktion für ein künftiges Hochschulgesetz und einen entsprechenden Gesetzentwurf der FDP. Zum anderen hatte die Landesregierung eine Große Anfrage der Piraten hinsichtlich des Standes der Vorbereitung der Hochschulen auf die doppelten Abiturjahrgänge beantwortet. Hier hatte es in den vergangenen Monaten deutliche Klagen der Hochschulrektoren gegeben. Die Regierungsfaktionen brachten dementsprechend einen Antrag mit dem Titel ein: „Schleswig-Holstein ist auf den doppelten Abiturjahrgang vorbereitet“.

„Es ist immer wieder die Opposition, die aktuelle Probleme der Hochschulen im Parlament anspricht und diskutiert. Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen zeigen hieran keinerlei Interesse“, sagte der hochschulpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Volker Dornquast.

SPD, Grüne und SSW verschwiegen die offenkundigen und vielfältigen Schwierigkeiten der Hochschulen. Sie verweigerten dringend notwendige Entscheidungen und vernachlässigten die

Hochschulen finanziell in unerträglicher Weise. Kritische Feststellungen der Bundesministerien würden ignoriert, verzweifelte Brandbriefe der Präsidenten unserer Hochschulen beiseite geschoben, und wenn überhaupt nur mit leeren Phrasen beantwortet. „Dass darüber hinaus Gelder des Bundes, die für die Arbeit der Hochschulen vorgesehen sind, missbraucht werden für die Finanzierung von Fehlentscheidungen in anderen Bereichen, ist unverantwortlich“, so Dornquast.

So seien auch nach dem Brandbrief der Rektoren keine zusätzlichen Mittel im Nachtragshaushalt 2015 eingestellt worden. Erneut seien die Hochschulen auf das kommende Jahr vertröstet worden. „Die Politik der derzeitigen Regierung führt dazu, dass viele junge Menschen unser Land verlassen werden, um in anderen Ländern zu studieren. Eine Entwicklung, die auch langfristig Folgeschäden für unser Land haben wird“, warnte Dornquast.

Link zur Rede von Volker Dornquast:

[http://www.cdu.ltsh.de/content/presse/pressemeldungen/2015-05-20\\_Volker\\_Dornquast\\_4982.html](http://www.cdu.ltsh.de/content/presse/pressemeldungen/2015-05-20_Volker_Dornquast_4982.html)

Eckpunkte der CDU:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2900/drucksache-18-2969.pdf>

Bericht L-Reg. 18/2934:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2900/drucksache-18-2934.pdf>

Bericht L-Reg. 18/2869:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2800/drucksache-18-2869.pdf>

Antrag von SPD, Grünen und SSW:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2900/drucksache-18-2978.pdf>



Volker Dornquast, hochschulpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion

---

### **Regierungsfractionen lehnen schärfere Strafen für Angriffe auf Polizisten ab Bernstein: SPD, Grüne und SSW verweigern Polizei und Rettungskräften die Rückendeckung**

SPD, Grüne und SSW haben heute den Antrag der CDU-Fraktion abgelehnt, eine Initiative des schwarz-grün regierten Bundeslandes Hessen zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches - Tötlicher Angriff auf Polizeibeamte und andere Einsatzkräfte (BR-Drs. 165/15) - im Bundesrat zu unterstützen.

Der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Dr. Axel Bernstein, nannte dies ein bedauerliches Signal an Polizeibeamte und Rettungskräfte. „SPD,

Grüne und SSW sind nicht bereit, ihnen diese Rückendeckung zu geben“, erklärte Bernstein in Kiel.

Vor dem Hintergrund zunehmender Gewalt gegen Polizisten und Retter, die nicht als Individuen, sondern als Repräsentanten des Staates angegriffen würden, halte seine Fraktion ein klares Signal der Politik erforderlich.

Bernstein kritisierte insbesondere öffentliche Reaktionen von Regierungsabgeordneten auf den CDU-Vorschlag. So hatte der Grüne Landtagsabgeordnete Burkhard Peters gegenüber den Lübecker Nachrichten seine Ablehnung unter anderem damit begründet, dass es Teil des Berufes von Polizeibeamten sei, Gewalt ausgesetzt zu werden. „Mit solchen Aussagen bereiten Abgeordnete aus den Regierungsfractionen Gewalttaten, insbesondere aus dem linken Spektrum, einen Nährboden“, sagte Bernstein.

Der Innenminister sei gefordert, sich klar vor seine Beamten zu stellen und die verantwortungslosen Sprüche aus den Mehrheitsfraktionen zurückzuweisen.

„Die CDU steht dafür, dass Polizisten, Retter und alle anderen, die für unseren Staat stehen und im Zweifel ihren Kopf für uns hinhalten, Respekt entgegengebracht wird“, so der CDU-Innenpolitiker.

Link zum CDU-Antrag:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2900/drucksache-18-2946.pdf>



Innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, Dr. Axel Bernstein

---

### **Aktionsplan für Menschen mit Behinderung kommt nicht voran Landesregierung verweigert Antwort auf Große Anfrage**

Im November 2013 hatte der Schleswig-Holsteinischen Landtag die Landesregierung aufgefordert, einen Aktionsplan für Menschen mit Behinderungen zu erarbeiten. Damit sollte eine entsprechende UN-Konvention umgesetzt werden.

Die Fraktion der Piraten hatte mit einer Großen Anfrage erfahren wollen, wie weit die Landesregierung nach eineinhalb Jahren gekommen ist. Nach vier Wochen erhielten sie die Antwort, doch bitte auf einen beantragten Bericht in der Juni-Sitzung zu warten.

„Ich bin jetzt zehn Jahre Abgeordnete, aber so etwas ist hier noch nicht vorgekommen“, erklärte die Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion für Menschen mit Behinderungen, Heike

Franzen.

Nicht einmal auf die Frage, ob die Landesregierung die sich aus der UN-Konvention ergebenden individuellen Rechtspositionen auf Landesebene überhaupt festgestellt hat, gebe es eine Antwort. „Das Verhalten der Landesregierung grenzt an Arbeitsverweigerung. Aus meiner Sicht ist das nicht zu akzeptieren“, so Franzen.

Aus diesem Verhalten könnte man zwei Schlussfolgerungen ziehen:

Entweder arbeite die Landesregierung gar nicht an einem Aktionsplan für Menschen mit Behinderung oder sie arbeite an einem solchen Plan, sei allerdings nicht bereit, die Erarbeitung transparent zu gestalten. Beide Schlussfolgerungen wären ein Armutszeugnis der Landesregierung und ein ganz schlechtes Signal für die Menschen mit Behinderung in unserem Land.

Die CDU habe bereits in der Debatte im November 2013 darauf hingewiesen, dass sie sich einen pragmatischeren Weg gewünscht hätte. Auch die Kommunen warteten dringend auf ein Signal aus Kiel, wie es beispielsweise bei der Umsetzung der Barrierefreiheit im ÖPNV weitergehen solle.

Link zur Großen Anfrage der Piraten:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2800/drucksache-18-2872.pdf>

Link zum Bericht der Landesregierung:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2900/drucksache-18-2935.pdf>

Link zur Rede von Heike Franzen:

[http://www.cdu.ltsh.de/content/presse/pressemeldungen/2015-05-20\\_Heike\\_Franzen\\_4978.html](http://www.cdu.ltsh.de/content/presse/pressemeldungen/2015-05-20_Heike_Franzen_4978.html)



CDU-Expertin für Menschen mit Behinderung, Heike Franzen

---

### **Mehrgenerationenhäuser müssen weiter bangen** **Regierungsfraktionen spülen CDU-Antrag weich**

Die Träger der 13 Mehrgenerationenhäuser im Land müssen weiter um ihre Finanzierung nach dem Auslaufen der Bundesförderung im Jahr 2016 bangen. SPD, Grüne und SSW lehnten heute im Landtag jede diesbezügliche konkrete Aufforderung an die Landesregierung aus einem Antrag der CDU-Fraktion ab (Link siehe unten).

Lediglich der ersten Forderung, sich „für den Erhalt und die qualifizierte Weiterentwicklung der Mehrgenerationenhäuser einzusetzen“ wollten sich die Regierungsfraktionen anschließen.

Die sozialpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Katja Rathje-Hoffmann, äußerte vor diesem Hintergrund in ihrer Rede Verständnis für die von vielen Beteiligten geäußerte Meinung, Mehrgenerationenhäuser könnten ein „Stiefkind“ von SPD, Grünen und SSW in Schleswig-Holstein sein.

Dabei gebe es zig erfolgreiche Beispiele rund um das Leben aller Generationen im Land. „Mehrgenerationenhäuser sind aus den gesellschaftlichen und sozialen Strukturen nicht mehr wegzudenken“, so Rathje Hoffmann.

Antrag der CDU-Fraktion:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2900/drucksache-18-2968.pdf>



Katja Rathje-Hoffmann, Sozialexpertin der CDU-Fraktion

---

### **Bundesteilhabegesetz: Nord-SPD gegen Koalitionsvertrag auf Bundesebene Franzen: Albig und Stegner werden sich entscheiden müssen**

Während die Regierungskoalition in Kiel bei der Erarbeitung eines Aktionsplans für Menschen mit Behinderungen nicht voran kommt, stellten SPD, Grüne und SSW heute mit einem Antrag (Link siehe unten) sehr konkrete Forderungen zu Inhalten eines Bundesteilhabegesetzes an den Bund.

Die Sprecherin der CDU-Fraktion im Landtag für Menschen mit Behinderungen, Heike Franzen, betonte die Notwendigkeit eines Bundesteilhabegesetzes. „Bei der Hilfe für Menschen mit Behinderungen geht es darum, Hilfestellungen zu geben, um Teilhabe an möglichst allen gesellschaftlichen Bereichen zu gewährleisten“, so Franzen.

Was sich die Große Koalition in Berlin vorgenommen habe, sei keine leichte Aufgabe. Mit dem Bundesteilhabegesetz solle darüber hinaus auch eine Entlastung der Kommunen einhergehen.

Viele Punkte aus dem Antrag der Regierungsfractionen seien nichts Neues. Mehrere Forderungen würden jedoch eindeutig eine neue Ausgabendynamik zur Folge haben. Damit würden sie der entsprechenden Vereinbarung im vom SPD-Landesvorsitzenden Stegner und Ministerpräsident Albig mit ausgehandelten Koalitionsvertrag widersprechen.

„Man kann nicht auf der einen Seite einen solchen Passus im Koalitionsvertrag haben und auf der anderen Seite Versprechungen machen. Sie werden sich entscheiden müssen“, sagte Franzen.

Die CDU-Abgeordnete bemängelte am Antrag der Regierungsfractionen darüber hinaus, dass die Ausbildung und insbesondere der Bereich der assistierten Ausbildung nicht bedacht worden sei.

Antrag der Regierungsfractionen:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/2900/drucksache-18-2971.pdf>

---

V.i.S.d.P

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Dirk Hundertmark, Pressesprecher

Tel.: 0431/988-1440

[dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de](mailto:dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de)